

Keine Alternative

Bürgermeister fordern die Fortführung des Planfeststellungsverfahrens

Breisach. Im April 2012 hatte erstmals die Projektgruppe „Verkehrskonzept südöstlicher Kaiserstuhl“ getagt. Unter der Leitung von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer suchten Planer, Bürgermeister und Abgeordnete nach einer Lösung hinsichtlich des Weiterbaus des zweiten Bauabschnitts der B-31-West von Gottenheim nach Breisach. Im April hat sich die Projektgruppe nun letztmalig getroffen. Grund genug für die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, sich mit ihrer Einschätzung an die Presse zu wenden.

Die Bundesstraße 31 ist eine der wichtigen Ost-West-Achsen in Baden-Württemberg. So verbindet sie beispielsweise die Autobahnen A5 und A81. Außerdem soll sie das Oberzentrum Freiburg mit dem Oberzentrum Colmar verbinden und ist außerdem im Landesentwicklungsplan als Entwicklungsachse von Freiburg nach Breisach ausgewiesen.

Bekanntlich aber ist das Planfeststellungsverfahren für den zweiten Bauabschnitt von Gottenheim nach Breisach im November 2011 ohne vorherige Absprache mit dem Bauherren, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Straßenentwicklung, aber auch ohne Absprache mit den betroffenen Kommunen gestoppt worden. Begründet wurde diese Entscheidung mit mangelnden finanziellen Mitteln auf der einen Seite; außerdem wurde vom zuständigen Landesministerium die Notwendigkeit der Straße an sich verneint. Seither wurde in vielen Resolutionen und Schreiben an die Verantwortlichen in Stuttgart appelliert, die Planfeststellung weiter zu betreiben. Auch nach Beendigung der Gespräche in der Projektgrup-



Die Bürgermeister (von links) Josef Hügele (March), Eckart Escher (Merdingen), Dieter Schneckenburger (Bötzingen), Oliver Rein (Breisach), Martin Obert (Ihringen), Gabriel Schweizer (Vogtsburg), Volker Kieber (Gottenheim) und Walter Laub (Umkirch) machten bei einem Pressegespräch am Dienstag ihre Positionen deutlich.

Foto: mu

pe „Verkehrskonzept südlicher Kaiserstuhl“ fordern die betroffenen Städte und Gemeinden den Weiterbau, beziehungsweise die Weiterführung des Planfeststellungsverfahrens für den 2. Abschnitt der Bundesstraße. Insbesondere nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts der B31-West seien die Ortsdurchfahrten nun noch mehr belastet, worunter besonders die Menschen in Gottenheim, Bötzingen, Wasenweiler und Ihringen zu leiden hätten.

Außerdem sei der Weiterbau unabdingbar für die Sicherung des Wohlstandes in der Region, argumentierten die anwesenden Bürgermeister im Pressegespräch am gestrigen Dienstag. Sie befürchten eine wesentliche Schwächung der Wirtschaftskraft in der Region. Hinzu komme, dass die Fahrzeiten von Breisach nach Freiburg durch den Bau der Straße um ein Viertel reduziert werden könnten und dies mit einer entsprechenden Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ver-

bunden sei. Nun fordern die betroffenen Kommunen die Landesregierung auf, das Planfeststellungsverfahren wieder aufzunehmen und zu einem Abschluss zu bringen. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, bei der Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan 2015 die B31 von Breisach bis Donaueschingen als Verkehrsachse mit überörtlicher Funktion zu berücksichtigen und für den vordringlichen Bedarf anzumelden.

Die Bundesregierung wiederum wird nun aufgefordert, dem Land für alle diese Maßnahmen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, denn Alternativen zur Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts gebe es keine. „Die Region ist enttäuscht vom schlechten Kommunikationsstil der Landesregierung“, fasste Breisachs Bürgermeister Oliver Rein die derzeitige Situation zusammen. Dies sei keine Politik des „Gehörtwerdens“.

Volker Murzin